

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3286

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3286



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

JA zum CO₂-Gesetz-Kompromiss

Ständerat Damian Müller (FDP, LU)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich darf Sie herzlich zur Medienkonferenz des breiten Ja-Komitees für den CO₂-Gesetz-Kompromiss begrüßen. Am 13. Juni 2021 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über das CO₂-Gesetz ab. Als breite Allianz hinter dem CO₂-Gesetz-Kompromiss vertreten wir über 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus FDP, Mitte, grünliberale, EVP, GRÜNE und SP und über 90 zivilgesellschaftliche Organisationen. Unser gemeinsames Ziel ist es, im Verbund mit den über 190 Staaten, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, einen wichtigen Schritt zu machen, damit auch die künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft haben.

Der Klimawandel ist ein globales Problem und wir wollen Massnahmen ergreifen, um das Pariser Abkommen zu erfüllen und die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse und den Rückgang der Artenvielfalt zu vermindern. Es geht auch darum, unsere Landwirtschaft vor den katastrophalen Folgen des Klimawandels zu schützen und unsere Wirtschaft vor dem zu erwartenden globalen Konjunkturunbruch, den eine aktuelle Studie der SwissRe prognostiziert, wenn wir weiterhin zu wenig gegen den Klimawandel unternehmen.¹ Hierzu gilt es, die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2030 um mindestens 50% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Wir haben hart verhandelt und können nun gemeinsam hinter einem soliden und typisch schweizerischen Kompromiss stehen. Im Zentrum des CO₂-Gesetz-Kompromisses steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dass sich jede und jeder bewusst ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, insbesondere für zukünftige Generationen. Allerdings sind die Folgen einzelner Handlungen meist nicht immer sofort ersichtlich, da keine Kostenwahrheit besteht. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz die Kostenwahrheit gestärkt: wer mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, erhält ein Preisschild, und zahlt entsprechend mehr. Es stimmt also: das CO₂-Gesetz verursacht Kosten – Kosten, die heute zu Lasten der nächsten

¹ <https://www.bluewin.ch/de/news/vermischtes/gewaltiger-konjunkturunbruch-durch-ungebremsten-klimawandel-679310.html>

Generationen gehen, werden neu durch die heutigen Verursacher gezahlt. Diese verbesserte Kostenwahrheit ist für mich aus liberaler Sicht ein zentrales Element des neuen Gesetzes. Denn das heutige System ist für die Verwendung fossiler Energien optimiert. Dank des cleveren Rückvergütungsmechanismus belaufen sich die Mehrkosten für eine vierköpfige Familie im Schnitt gegen 2030 auf knapp ca. 8 Franken 30 pro Monat und ist im Sinne einer generationenübergreifenden Verantwortung verkraftbar.

Wir fühlen uns bestärkt durch die breite Unterstützung von links bis rechts: Berggebiete, Gemeinden, Städte, Kleinbauern-Vereinigung, economiesuisse, Schweizerische Bankiervereinigung, Schweizerischer Versicherungsverband, Schweizer Alpen-Club, Touring Club Schweiz, Verkehrs-Club der Schweiz, Pro Natura, Casafair, Baumeisterverband, Helvetas, Mountain Wilderness, Holzbau Schweiz, Klima-Allianz, WWF und 200 Unternehmen wie Novartis, IKEA oder Siemens – eine breite Allianz unterstützt das CO₂-Gesetz.

Gegen das Gesetz sprechen sich die Pole ganz links und ganz rechts aus. Das zeigt uns: Wir liegen mit unserem Kompromiss genau richtig. Es ist nicht zu rechts und nicht zu links.

Seit der ersten Beratung sind zweieinhalb Jahre vergangen. Die heutigen Gegnerinnen und Gegner scheinen in dieser Zeit vergessen zu haben, dass schon die erste Version des CO₂-Gesetzes versenkt wurde, mitunter mit 62 zu 2 von der SVP. Wenn also insbesondere diese Seite sagt «**dieses** Gesetz gehört abgelehnt» dann ist es einfach nicht ehrlich, denn auch den ersten Entwurf wollten sie nicht. Wir sind bereit, diesen Stimmen und der Erdöllobby, die hinter der Gegen-Kampagne steht, entschieden die Stirn zu bieten. Gemeinwohl muss über Sonderinteressen stehen. Je früher wir die Segel leicht ausrichten, desto günstiger und weniger radikal ist der Weg. Wer später reagiert, muss viel mehr steuern. Abwarten ist teurer und riskant.

Gerne werden die hier anwesenden Parteien in den nächsten Minuten unsere Hauptargumente für das CO₂-Gesetz präsentieren. Die Pressekonferenz wird deshalb wie folgt ablaufen: Ich erläutere Ihnen nun kurz einige Überlegungen unserer Kampagne. Danach wird Ihnen SP-Nationalrätin Gabriela Suter den Mechanismus der Rückvergütung erklären und darauf eingehen, warum das CO₂-Gesetz wirkungsvoll, familienfreundlich und sozial ist. Anschliessend geht Nationalrätin Christine Buillard-Marbach, Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet, darauf ein, warum gerade die Berg- und Landbevölkerung vom neuen Gesetz profitiert. Weiter wird Delphine Klopfenstein darauf eingehen, dass es jetzt günstiger ist, die Weichen zu stellen. Nationalrat Jürg Grossen wird danach die Innovationskraft des CO₂-Gesetzes

Klimaschutz

CO₂-Gesetz
13. Juni 2021

JA

Pour le climat

Loi CO₂
13 juin 2021

Oui

beleuchten und Nationalrätin Lilian Studer damit abschliessen, warum das CO₂-Gesetz für unsere Gesundheit wichtig ist.

Noch kurz also zu unserem Sujet: Sie sehen hier einen typisch schweizerischen Wegweiser. Er symbolisiert unseren gemeinsamen Weg. Die einen wollen vielleicht etwas schneller laufen, die anderen etwas langsamer, aber wir alle haben dasselbe Ziel: wir wollen den nächsten Generationen die Schweiz hinterlassen, wie wir sie lieben.

Nichts tun ist keine Option! Mit dem vorliegenden CO₂-Gesetz sind auf dem richtigen Weg, damit die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen und ihre Emissionen bis 2050 auf ein Netto-Null-Niveau bringen kann.

Kontakt:

Ständerat Damian Müller (FDP, LU), 079 569 09 39

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

CO₂-Gesetz: Ein Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit

Nationalrätin Gabriela Suter (SP, AG)

Geschätzte Medienschaffende

Geschätzte Damen und Herren

Die Klimakrise lösen wir nur gemeinsam. **Das neue CO₂-Gesetz ist wirkungsvoll und solidarisch**, weil mit ihm auch die Schweiz ihren Beitrag an den Schutz des Klimas leistet. Fast alle Staaten sind beim Pariser Klimaabkommen dabei. Damit haben sie sich verpflichtet, die Klimaziele zu erreichen und Klimaschutzmassnahmen im eigenen Land zu ergreifen. Mit dem CO₂-Gesetz macht die Schweiz den ersten Schritt, um diese Verpflichtung umzusetzen. Sie steht als eines der reichsten Länder der Welt in der Pflicht, mitzuziehen.

Die Schweiz hat einen extrem hohen CO₂-Ausstoss pro Kopf. Kaum ein anderes Land in Europa hat noch so viele Ölheizungen. Wir setzen Jahr für Jahr die verbrauchsintensivste Neuwagenflotte auf die Strasse, und wir Schweizerinnen und Schweizer fliegen doppelt so häufig wie unsere Nachbarn. Es ist nur fair und gerecht, wenn wir bei uns selber ansetzen. Zudem liegt es auch in unserem ureigenen Interesse, vorwärtszumachen. Denn die Schweiz ist überproportional vom Klimawandel betroffen – unsere Gletscher schmelzen, wir haben immer mehr Hitzesommer und Hochwasser und die entsprechenden Schäden häufen sich.

Das neue Gesetz ist fair und reduziert unsere Auslandabhängigkeit. Die Abgaben fliessen nicht in die Staatskasse, wie das die Gegner behaupten, sondern kommen alle direkt oder indirekt der Bevölkerung und den Unternehmen zugute: Zwei Drittel der CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas sowie mehr als die Hälfte der Flugticketabgabe wird direkt rückverteilt. Der Rest fliesst über den Klimafonds an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. Mit dem Klimafonds können klimafreundliche Projekte gefördert werden. Diese Investitionen schaffen Arbeit und Verdienst hier im Land. Damit reduzieren wir die Auslandabhängigkeit. Denn heute fliessen jährlich 8 Milliarden Franken für Öl und Gas aus der Schweiz ins Ausland. Dieses Geld investieren wir besser in neue Technologien, in etablierte Lösungen zum erneuerbar heizen und fahren und in Gebäudesanierungen. Das schafft attraktive, zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Schweiz.

Das Gesetz ist sozial und familienfreundlich. Es schafft Anreize für nachhaltigeres Wohnen und Leben und macht klimaschädliches Verhalten unattraktiv. Wer sich klimafreundlich verhält, wird belohnt. Konkret heisst das: Wer im normalen Rahmen mit dem Auto unterwegs ist, die öffentlichen Verkehrsmittel nutzt, in einer mittelgrossen Wohnung lebt und nur einmal pro Jahr in die Ferien fliegt, profitiert vom neuen Gesetz. 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung wird beispielsweise mindestens gleich viel Geld zurückbekommen, wie sie für die Flugticketabgabe ausgibt. Weil Familien nicht zu den Vielfliegern gehören und beim Wohnen einen niedrigen Energieverbrauch pro Kopf haben, profitieren gerade sie von der Rückverteilung. Diese Rückverteilung erfolgt pro Person. Pro Kind wird gleich viel zurückerstattet wie pro erwachsene Person. Kinderreiche Familien gehören deshalb zu den grössten Gewinnern. Belohnt werden insbesondere auch die Haushalte mit kleineren Einkommen. Mieterinnen und Mieter werden nicht zusätzlich belastet, das sagt auch der Mieterverband. Denn wenn die Eigentümer die Gebäudehülle sanieren und eine fossilfreie Heizung einbauen, sinken die Nebenkosten der Mieterschaft deutlich.

Das neue Gesetz ist gerecht, weil es Kostenwahrheit schafft und nach dem Verursacherprinzip funktioniert. Diejenigen, die mit ihrem Verhalten viel CO₂ verursachen, werden etwas belastet, Personen mit kleinerem Einkommen hingegen werden keine oder kaum Mehrkosten haben.

Das Gesetz ist aber auch gerecht gegenüber den kommenden Generationen. Der Klimawandel bedroht viele Menschen gerade in den ärmsten Ländern der Welt existenziell. Die Schweiz mit ihrem hohen Treibhausgas-Emissionen trägt hier eine grosse Mitverantwortung. Seit Jahrzehnten bauen wir unseren Wohlstand auf den fossilen Energien und schaden damit dem Klima enorm. Je länger wir mit dem Klimaschutz zuwarten, desto teurer und ungerechter wird es für die nachfolgenden Generationen. Es kann doch nicht sein, dass wir unseren Kindern und Enkeln die Kosten für die Energiewende überlassen. Das wäre ungerecht. Wir müssen jetzt handeln, nur so bleibt unser Planet auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert.

Ich fasse zusammen: Das neue CO₂-Gesetz ist gerecht, wirkungsvoll, familienfreundlich und sozial. Es ist ein wichtiger, entscheidender Schritt für mehr Klimaschutz und bietet viele Chancen. Wenn das Gesetz angenommen wird, gewinnen wir alle. Denn nur wenn wir die Weichen jetzt richtig stellen, haben wir die Chance, den Kampf gegen die Klimakrise zu gewinnen.

Kontakt:

Nationalrätin Gabriela Suter (SP, AG), 076 432 40 27

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

JA zum CO₂-Gesetz

Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (Die Mitte, FR)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Seit diesem Jahr gelten die international vereinbarten Ziele des Pariser Klimaabkommens, welches die Schweiz 2017 mitunterzeichnet hat. Die Schweiz hat sich verpflichtet, ihre weltweiten Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2030 um mindestens 50% gegenüber 1990 zu reduzieren. Drei Viertel dieser Reduktion sollen im Inland erfolgen. Das CO₂-Gesetz regelt die nationale Umsetzung dieser Verpflichtung und Zielsetzung. Die ganze Welt handelt, und die Schweiz macht mit.

Die Mitte hat das CO₂-Gesetz massgeblich mitgeprägt und dabei ihre Verantwortung übernommen. Wir haben erfolgreich zwischen Verwässerungsversuchen und übertriebenen Forderungen vermittelt und einen guten Kompromiss erreichen können, den wir nun auf dem Tisch haben. Dass die extreme Linke und die extreme Rechte das Gesetz ablehnen, zeigt uns, dass wir richtig liegen. Es ist ein griffiges und zugleich ein gut ausbalanciertes und sozialverträgliches Gesetz. Das Gesetz beinhaltet, was heute politisch, wirtschaftlich und sozial realistisch ist.

Lassen Sie mich als Vertreterin der Berggebiete noch stärker auf die Randregionen eingehen: Der Klimawandel führt zu steigender Hitze, Trockenheit, Überschwemmungen und Naturgefahren. Die Schweiz ist als Alpenland besonders stark vom Klimawandel betroffen. Das CO₂-Gesetz ist das wichtigste Schweizer Instrument zur Umsetzung des Klimaschutzes. Berggebiete und ländliche Regionen sind vom Klimawandel besonders betroffen. Für Die Mitte war es daher zentral, dass sie nicht vergessen gehen. Sie sollen deshalb Unterstützung erhalten und beim Klimafonds auch die ländlichen und alpinen Regionen zum Zug kommen. Schäden durch die zunehmenden extremen Naturereignisse sollen reduziert werden. Der Klimafonds unterstützt spezifische Massnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels in den Berggebieten und ländlichen Räumen und hilft beispielsweise durch Gebäudesanierungsprogramme, CO₂-Emissionen zu verringern und die Folgen des Klimawandels auszugleichen. Davon profitiert unter anderem die Landwirtschaft, es profitiert der Wintertourismus, es profitiert die ländliche Bevölkerung.

Klimaschutz

CO₂-Gesetz
13. Juni 2021

JA

Pour le climat

Loi CO₂
13 juin 2021

Oui

Die Sozialverträglichkeit des Gesetzes war uns ein wichtiges Anliegen. Denn gerade die Bevölkerung in ländlichen Regionen ist häufiger auf das Auto angewiesen. Über den Rückverteilungsmechanismus fliesst daher ein Grossteil der Brennstoffabgabe an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Und es wird beispielsweise 90% der Schweizer Bevölkerung mindestens gleich viel Geld zurückbekommen, wie sie für die Flugticketabgabe ausgibt. Haushalte mit tiefem und mittlerem Haushaltseinkommen profitieren deshalb spürbar. Und die Bevölkerung der Bergregionen und des ländlichen Raums profitiert sogar überdurchschnittlich, wie eine unabhängige Studie festgestellt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, Klimaschutz geht uns alle an, und die Schweiz als Alpenland im Besonderen. Die Welt muss handeln und die Schweiz muss mitmachen. Mit dem revidierten CO₂-Gesetz haben wir einen griffigen und zugleich gut ausbalancierten Kompromiss. Das Gesetz ist das wichtigste Schweizer Instrument zur Umsetzung des Klimaschutzes. Deshalb setzt sich Die Mitte mit Überzeugung für ein Ja ein.

Besten Dank.

Kontakt:

Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (Die Mitte, FR), 079 449 05 69

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

JA zum CO₂-Gesetz

Nationalrätin Delphine Klopfenstein Broggini (GRÜNE, GE)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Schweiz hat das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet und sich somit verpflichtet, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Doch mit ihrem Lebensstil steuert unser Land derzeit auf ein Szenario mit einer weltweiten Erhitzung von fast 6 Grad zu, mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt.

Wir sind die erste Generation, welche die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommt. Und die letzte, die sie verhindern kann. Schmelzende Gletscher, Dürren, steigende Temperaturen und die Zunahme extremer Wetterereignisse zeigen, dass uns nicht mehr viel Zeit bleibt, unsere CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Schweiz mit unseren grossen Bergregionen ist nicht nur stark vom Klimawandel betroffen, sondern treibt diesen mit ihrem CO₂-Ausstoss, insbesondere durch den Land- und Luftverkehr, die Bauwirtschaft und den Finanzplatz, auch stark voran.

Wir müssen daher jetzt handeln, bevor es zu spät ist, damit wir eine unkontrollierbare, unumkehrbare, gefährliche und teure Entwicklung stoppen können. Das Pariser-Klima-Abkommen ist ein Glücksfall für ein kleines und stark betroffenes Land wie die Schweiz. Denn nur gemeinsames Handeln kann diese Klimakrise abwenden. Und das CO₂-Gesetz gibt uns jetzt die Möglichkeit, unsere CO₂-Emissionen zu reduzieren und schlimmeren Katastrophen für Mensch und Umwelt vorzubeugen.

Das Klima heute zu schützen kostet weniger als die Folgen des Klimawandels. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist sehr deutlich: Sie schätzt die wirtschaftlichen Verluste in ihren Mitgliedsstaaten auf bis zu 10 % des BIP. Im direkten Vergleich würde die Umsetzung von Massnahmen zur Begrenzung der Erwärmung auf 2°C etwa 1 % des BIP ausmachen.

Um die Energiewende zu meistern, müssen wir mit Lenkungsabgaben die Kostenwahrheit für umweltschädliche Technologien stärken und mit Rückverteilung die einkommensschwachen Haushalte schützen, sie sonst überproportional betroffen wären.

Klimaschutz

CO₂-Gesetz
13. Juni 2021

JA

Pour le climat

Loi CO₂
13 juin 2021

Oui

Um die Energiewende zu meistern, können wir mit dem Klimafonds stärker in erneuerbare Energien investieren. Mit der Abkehr von Öl, Gas und Kohle lindern wir nicht nur die Klimakrise, sondern verringern auch unsere Abhängigkeit von Energieimporten. Das bedeutet Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier in der Schweiz.

Das Tanken eines Autos wird zwar ein paar Franken teurer, das Auto wird aber in 10 Jahren nur noch halb so viel Benzin verbrauchen. Die Betriebskosten eines Autos werden also dank dem CO₂-Gesetz sinken und nicht steigen, wie es die Gegner des Gesetzes behaupten. Dank dem neuen Klimafonds, welcher von den Verursacherinnen und Verursachern von CO₂ finanziert wird, können Millionen in neue fossilfreie Heizungen, in die Gebäudedämmung oder den Ausbau des Nachtzugsangebots investiert werden. Zudem kostet uns die Lenkungsabgabe eindeutig viel weniger als uns die Klimakrise kosten wird. Wenn wir jetzt schnell und mutig handeln, werden sich neue wirtschaftliche und soziale Chancen ergeben, während wir gleichzeitig den nachhaltigen Umweltschutz gewährleisten.

Das CO₂-Gesetz muss deshalb ohne Wenn und Aber angenommen werden.

Kontakt:

Nationalrätin Delphine Klopfenstein Broggini (GRÜNE, GE), 076 445 61 06

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

JA zu Innovation und Fortschritt

Nationalrat Jürg Grossen (grünliberale, BE)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Schweiz muss international die Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen. Rasch und konsequent. Das fossile Zeitalter gehört ins Museum. Unser Land findet sich aber heute zum Beispiel europaweit bei den Schlusslichtern beim Ausbau von Solar- und Windenergie wieder, obwohl sich dieser wirtschaftlich längst lohnt. Zudem verschwenden wir in der Schweiz viel Energie ungenutzt, obwohl die beste Kilowattstunde diejenige ist, die gar nicht erst verbraucht wird. Als Cleantech-Standort verfügen wir über ideale Voraussetzungen, um den Umbau unseres Energiesystems von fossilen hin zu erneuerbaren, vorwiegend elektrischen Energien rasch voranzutreiben und dabei eine international führende Rolle einzunehmen. Mit dem CO₂-Gesetz wird aus Klimasicht einerseits ein wichtiger Schritt hin zu Netto Null in der Schweiz gemacht, andererseits werden gleichzeitig die Weichen für einen Innovationsschub gestellt. Unsere Bauwirtschaft, die Gebäudetechnikbranche und die Zulieferindustrie von Fahrzeugen werden mit Anreizen und gezielter Unterstützung für moderne, emissionsarme Technologien unterstützt. Als Gewerbler ist es mir wichtig, dass unsere fortschrittlichen KMU mit dem CO₂-Gesetz nicht benachteiligt werden, sondern damit unter dem Strich besser fahren werden. Das ist der Fall

Jedes Gebäude wird ein Kraftwerk

Als Elektroplaner mit aktuell rund zweihundert laufenden Bauprojekten in der ganzen Schweiz habe ich etwas den Überblick, wie Gebäude ausgerüstet werden, welche 2021 nach einem Neu- oder Umbau in Betrieb gehen. Ich muss leider klar festhalten, dass wohl nicht einmal 10% von den heute in Betrieb genommenen Gebäuden die Anforderungen an Netto Null erfüllen. Das heisst, diese müssen in den kommenden 30 Jahren alle nochmals angepasst werden. Mit dem CO₂-Gesetz wird das klar verbessert. Im existierenden Gebäudepark der Schweiz steckt ein enormes energetisches Potenzial. Gezielt auf Netto Null ausgerichtete Gebäude halten folgende sieben goldenen Regeln ein:

- Fossilfreie Heizung und Warmwasseraufbereitung
- Eine gute Gebäudedämmung
- PV-Produktion an Fassade und Dach auf der gesamten geeigneten Fläche (jedes Gebäude wird zum Kraftwerk)

- Strombezug ab Netz ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen
- alle vorhandenen Parkplätze haben mindestens eine vorbereitete intelligente E-Auto-Ladeinfrastruktur (Gebäude sind die Tankstellen der Zukunft)
- Zweckgebäude sind mit Gebäudesteuerungen zur Vermeidung von Energieverbrauch ohne Nutzen ausgerüstet
- Stromverbrauch- und die Produktion werden im Gebäude/Quartier optimal harmonisiert.

Das CO₂-Gesetz führt bei all diesen Punkten direkt oder indirekt zu einem klaren Fortschritt. Die ökologische Wende ist möglich, die Technologien für eine erneuerbar versorgte, klimaneutrale Schweiz sind längst vorhanden. Diese Ausgangslage bietet in Verbindung mit dem CO₂-Gesetz eine grosse Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Ein grösserer Anteil der Wertschöpfung verbleibt damit in der Schweiz und es fließen nicht mehr Milliarden in erdölexportierende Länder ab. Dabei kommt der Schweiz zugute, dass die Primärenergie in Form von Elektrizität aus Wasser, Wind und Sonnenschein im Gegensatz zu Ölfässern kostenlos in der Schweiz ankommt.

Die Grünliberalen stehen für eine lebenswerte Zukunft für die kommenden Generationen ein, welchen wir weder Umweltschäden noch finanzielle Schuldenberge hinterlassen wollen. Das CO₂-Gesetz ist eine durchaus grünliberal geprägte Vorlage, welche am 13. Juni ein klares Ja verdient.

Kontakt:

Nationalrat Jürg Grossen (grünliberale, BE), 079 444 94 65

Sperrfrist: 27. April 2021, 10.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

CO₂ Gesetz: Unsere Gesundheit profitiert mit

Nationalrätin Lilian Studer (EVP, AG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft. Das ist vielen Menschen klar. Dass er aber ein erheblicher Einfluss auf unsere Gesundheit hat, wird in der Öffentlichkeit weniger diskutiert.

Der Verzicht auf fossile Energien bringt uns sauberere Luft. Jährlich sterben weltweit mehr Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung als durch Tabakrauchen und Malaria zusammen.

Weniger Luftverschmutzung und mehr Klimaschutz bewirken gemäss einer Abschätzung von econcept in der Schweiz für das Jahr 2030 rund 4000 weniger verlorene Lebensjahre, 500 Spitaltage weniger wegen Atemwegs- und 1000 Spitaltage weniger wegen Herz-/Kreislaufkrankungen. Sowie weniger Fälle von akuter Bronchitis bei Kindern und auch weniger Asthmaanfälle bei Erwachsenen. Werden diese vermiedenen Gesundheitsbeeinträchtigungen in Kosten umgerechnet, resultiert eine Einsparung von rund 600 Mio. Fr allein im Jahre 2030.

Belastete Luft schädigt vor allem die Atemwege und das Herz-Kreislauf-System. Sie kann zu Schlaganfällen, Herzinfarkten, Lungenkrebs und weiteren Krankheiten beitragen. Der Verzicht auf fossile Energien bringt uns neben der saubereren Luft auch weniger Lärm. Was sich nebenbei bemerkt erheblich auf unser Wohlbefinden auswirkt.

Der Klimawandel bringt erwiesenermassen sowohl einen Temperaturanstieg mit sich als auch eine Häufung der Hitzewellen in der Schweiz. Was heisst das für uns konkret? Beispielsweise wird durch die Zunahme der Durchschnitts-Temperatur die Pollensaison verlängert. Gräserpollen sind in der Schweiz die wichtigsten Auslöser von Allergien. Je höher nun die Durchschnitts-Temperatur ist, umso früher beginnt auch die Pollensaison. Zudem wird das Auftreten neuer Allergene begünstigt.

Des Weiteren wird erwartet, dass heisse Sommer das Vorkommen und die Verbreitungsdynamik von Zecken verändern, zudem besteht ein Risiko für die

Klimaschutz

CO₂-Gesetz
13. Juni 2021

JA

Pour le climat

Loi CO₂
13 juin 2021

Oui

Ausbreitung von Infektionskrankheiten in Europa durch Mücken, die sich in den deutlich wärmeren Temperaturen ausbreiten, wie Dengue-Fieber, Chikungunya-Fieber oder Zika.

Hitze belastet bekanntlich den menschlichen Organismus stark. Hitzewellen führen in der Schweiz zu mehr Notfall-Spitaleintritte. Die Zunahme von Todesfällen während den Hitzewellen in den Sommern 2003, 2015 und 2018 ist statistisch belegt. Dazu kommt die Häufung der Spitaleintritte wegen Infektionskrankheiten, Erkrankungen des Urogenitalsystems oder des Verdauungsystems – Erkrankungen, die durch die schnellere Verbreitung von Viren und Bakterien an heissen Tagen beeinflusst werden.

Diese Fakten über die Gesundheit zeigen auf, dass es unbedingt nötig ist, durch unser verantwortliches Handeln den Klimawandel zu entschleunigen. Das CO₂ Gesetz trägt dazu bei. Davon profitiert auch unsere Gesundheit aufgrund weniger Luftschadstoffe, weniger Allergien und Probleme für Herz-Kreislauf-Erkrankte, und weniger Spitaltage. Auch wegen unserer Gesundheit, ist das CO₂ Gesetz klar anzunehmen.

Kontakt:

Nationalrätin Lilian Studer (EVP, AG), 076 575 24 77